

Ulf Thiele

Abgeordneter im Wahlkreis 83 Leer Mobil (0173) 6 16 70 18 ulf.thiele@lt.niedersachsen.de www.ulf-thiele.de

12. Januar 2024

Pressemitteilung

abgestimmt mit den Abgeordneten Gitta Connemann MdB, Anne Janssen MdB, Saskia Buschmann MdL, Marco Mohrmann MdL und Katharina Jensen MdL und dem Vizepräsidenten des Deutschen Fischereiverbandes, Dirk Sander

CDU-Abgeordnete fordern die Bundesregierung zur Rücknahme der Kürzungen für die Fischerei auf.

Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus Ostfriesland und Friesland sowie der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion sprachen mit Vertretern der Fischerei. Landesregierung soll Bundeshaushalt 2024 im Bundesrat aufhalten.

Das Entsetzen bei den Fischern an der Nord- und Ostsee ist groß. Die Bundesregierung von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP hat am vergangenen Dienstag beschlossen, mit einer Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes den darin geregelten Nachteilsausgleich für die Fischerei um 80 Prozent zu kürzen zu lassen. Der Bundestag muss dem noch zustimmen. Dagegen erhebt sich jetzt der Protest der Fischerei und der Opposition.

Bisher ist gesetzlich geregelt, dass fünf Prozent der Versteigerungserlöse für die deutschen Offshore-Windenergie-Flächen, also 670 Millionen Euro, über das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft als Nachteilsausgleich für Strukturmaßnahmen zugunsten der Fischerei in Nord- und Ostsee eingesetzt werden sollten. Mit dem Änderungsgesetz der Bundesregierung soll diese Summe um satte 536 Millionen auf 134 Millionen Euro gekürzt werden. Mit dem Geld sollte der Wegfall von Fischereigründen ausgeglichen und die Fischerei umweltfreundlich weiterentwickelt werden. Die geplante radikale Kürzung der Ausgleichszahlungen nimmt den Fischereibetrieben nach Auffassung der ostfriesischen und friesischen Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU sowie des agrarpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Dr. Marco Mohrmann (Zeven) jede Zukunftsperspektive. Diese trafen sich am Donnerstag und Freitag in Ditzum und Neuharlingersiel mit Vertretern der Fischereiverbände und der Landwirtschaftskammer, um die Konsequenzen aus der drastischen Kürzung zu besprechen. Die CDU-Abgeordneten vereinbarten zudem eine Solidaritätserklärung für die Fischerei, die am Wochenende veröffentlicht wurde (Anhang).

Der Vorsitzende der Deutschen Kutter und Küstenfischer und Vizepräsident des Deutschen Fischereiverbandes, Dirk Sander, erläuterte den Abgeordneten: "Die Offshore-Windenergie-Flächen sind für die küstennahe Fischerei verlorene Fanggründe. Hinzukommen die Sicherheitszonen und die Kabeltrassen, die ebenfalls nicht befischt werden können. Daher sollte die Fischerei mit fünf Prozent an den Versteigerungserlösen der Offshore-Windenergieflächen beteiligt werden. Mitten in den Verhandlungen darüber, wie das Geld gezielt eingesetzt werden kann, um unsere Fischereibetriebe zu stärken, platzt jetzt diese Bombe. Und keine hatte den Mut und den Anstand, vorher mit uns darüber zu sprechen. Das ist extrem enttäuschen."

Marco Mohrmann, agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, erklärte: "Wieder sollen diejenigen herhalten, die dafür sorgen, dass Essen auf den Tisch kommt. Abgeordnete aller Parteien sind jetzt aufgerufen, im Bundestag zu verhindern, dass jetzt nicht auch noch Interes-

Medienarbeit

sen von Bauern und Fischern gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, dem Bundeshaushalt 2024 in dieser Form nicht zuzustimmen und aktiv Änderungen zu beantragen."

Gitta Connemann, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Unterems und Bundesvorsitzender der Mittelstandsunion (MIT), erklärte: "Das ist eine kalte Enteignung durch die Hintertür - über die Köpfe der Fischer hinweg. Sie haben keine Planungssicherheit. Das ist unfair. Das ist eine Politik gegen den Mittelstand und den ländlichen Raum. Das muss aufhören. Denn wir wollen und brauchen auch noch in Zukunft unsere heimische Fischerei."

Anne Janssen, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund, ergänzte: "Das ist ein harter Schlag für die Fischer-Familie. Und ist ein herber Rückschlag für den Tourismus an der Nordseeküste. Denn die Fischerei prägt unsere Küstenorte und ihr Image. Der Tourismus hier ist auf eine florierende und starke Fischerei angewiesen."

Katharina Jensen, Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Friesland kündigte in dem Gespräch an: "Wir müssen und werden jetzt in den Parlamenten, aber auch in den kommunalen Räten und Kreistagen gegen diese Ungerechtigkeit mobilisieren. Die Ampel darf ihre Haushaltsprobleme nicht zu Lasten der Küsten lösen."

Saskia Buschmann, Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Aurich, sagte zu den Kürzungsplänen: "Kaum Kürzungen beim Umweltschutz, aber 80 Prozent weniger für die Fischerei im Windenergie-aus-See-Gesetz, das ist kein ausgewogenes Vorgehen. Den jungen Fischern muss eine Perspektive gegeben werden, damit sie die Betriebe weiterführen."

Ulf Thiele, Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Leer und Bezirksvorsitzender der CDU Ostfriesland, erklärte abschließend: "Die Bundesregierung setzt ihre Politik gegen die ostfriesische Halbinsel konsequent fort. Die Bundestagsabgeordneten der diese Regierung tragenden Fraktionen müssen sich fragen lassen, warum ausgerechnet unsere Region die Zeche für die verfassungswidrige Haushaltspolitik des Bundes bezahlen soll. Offensichtlich haben die Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen aus unserer Region keinen Einfluss auf diese Regierung. Umso deutlicher werden wir jetzt dafür streiten, dass diese ungerechten Maßnahmen vom Tisch genommen werden. Die Fischer dürfen nicht die nächsten Bauernopfer der Ampel werden."

Die CDU-Abgeordneten fordern in ihrer gemeinsamen Solidaritätserklärung mit dem Titel "Zukunft für unsere Fischerei." die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP sowie deren Abgeordnete von der Nordseeküste auf, "die von der Bundesregierung geplante radikale Kürzung der Nachteilsausgleichszahlungen an die Fischerei wieder vom Tisch zu nehmen. Sie sind eine Bedrohung für die Fischerei und den Tourismus."

Medienarbeit





Die Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU auf der Ost-Friesischen Halbinsel trafen sich am Freitag, gemeinsam mit dem agrarpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Marco Mohrmann, mit Vertretern der Fischerei am Fischereihafen in Neuharlingersiel, um die Konsequenzen aus der geplanten drastischen Kürzung des Nachteilsausgleichs für die Fischerei im Windenergie-auf-See-Gesetz zu besprechen und sich solidarisch mit den Fischern zu erklären.

Das linke Foto zeigt (v.l.): Philipp Oberdörffer, Fischereireferent der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Ulf Thiele MdL, Katharina Jensen MdL, Marco Mohrmann MdL, Anne Janssen MdB, Gerold Conrade, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei im Landesfischereiverband Weser-Ems, Saskia Buschmann MdL, Jürgen Peters, Bürgermeister von Neuharlingersiel, und Dirk Sander, Vizepräsident des Deutschen Fischereiverbandes und Präsident des Landesfischereiverbandes Weser-Ems. Die Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann hatte sich mit Dirk Sander und weiteren Fischern bereits am Donnerstag im Hafen von Ditzum getroffen.

Medienarbeit

Jürgen Eden